

Presse-Information

Nr. 877

29. Mai 2008

Heute mit folgenden Themen:

- Hohe Treibstoffpreise: Bundesregierung sieht „keine Möglichkeit zum Eingreifen“
- Kampagne für Assistenzsysteme in Lkw und Bussen gestartet
- Die EU-Kommission will ab 2012 mit neuen Reifen die CO₂-Emission senken
- EU-Hotline für Fußballfans auf Reisen zur EM
- Führerscheinreform in Frankreich: „Nachprüfung“ für Fahranfänger geplant

Hohe Treibstoffpreise:

Bundesregierung sieht „keine Möglichkeit zum Eingreifen“

Bad Windsheim (ARCD) – Die Bundesregierung sehe keine Möglichkeit, die hohen Benzin- und Dieselpreise abzumildern, erklärte Regierungssprecher Ulrich Wilhelm in Berlin auf Anfrage. Konkrete Aktionen, wie die von Frankreichs Präsident Sarkozy angekündigte befristete Deckelung der Mehrwertsteuer auf Mineralölprodukte, seien daher auch nicht geplant. Preissteigerungen seien eine „internationale Entwicklung“, die man immer wieder mit den Gesprächspartnern auf internationaler Ebene erörtern würde. Der Regierungssprecher bot aber auch Trost an: Der Euro wirke als harte Währung durchaus preisdämpfend auf die in Dollar abgerechneten Ölimporte nach Deutschland. Außerdem habe die Regierung durch die Senkung der Lohnzusatzkosten in der Größenordnung von vielen Milliarden Euro bereits Entlastung geschaffen. Der Mineralölwirtschaftsverband rechnet indes vor, dass der Steueranteil am Benzinpreis einschließlich Mehrwertsteuer inzwischen rund 70 Prozent des Benzinpreises ausmacht: Bei einem Literpreis von 1,50 Euro fließen derzeit nicht weniger 90 Cent in die Kassen des Fiskus, beim Diesel sind es 71 Cent! Der Auto- und Reiseclub Deutschland (ARCD) betrachtet deshalb die eingangs zitierte Behauptung der Regierung, sie habe keine Einflussmöglichkeit auf die Höhe der Treibstoffkosten, als leicht durchschaubaren Versuch, die Bürger für dumm zu verkaufen. Der Bund könne – und müsse – so rasch wie möglich die Mineralöl- und Ökosteuerschraube lockern und damit die Treibstoffkosten an der Zapfsäule dämpfen, so der Club. Außerdem fordert er die sofortige Wiedereinführung der alten Pendlerpauschale, die eine Abrechnung der Fahrtkosten ab dem ersten Entfernungskilometer ermöglicht. Die als Alibi erwähnte Senkung der Lohnzusatzkosten bringe zudem Geringverdienern oder Rentnern keinerlei Ausgleich für die explodierenden Treibstoffkosten. Und eine reine „Erörterung“ der „internationalen Entwicklung“ dürfte wohl ebenfalls keinerlei Einfluss auf die Preisgestaltung der Konzerne haben. Hier ist nach Ansicht des ARCD das Bundeskartellamt gefragt – eine Behörde, die sich in Sachen Kraftstoffpreise bislang mit äußerster Zurückhaltung hervorgetan habe. Was nicht verwundert, denn der Bund verdient an jeder Preiserhöhung über die Mehrwertsteuer kräftig mit: Ein Cent mehr pro Liter spült jeden Tag rund 340 000 Euro mehr in die Kassen des Bundesfinanzministers. **ARCD**

Kampagne für Assistenzsysteme in Lkw und Bussen gestartet

Bad Windsheim (ARCD) – Um die Sicherheit im Straßenverkehr zu erhöhen, soll die Anschaffung von Fahrerassistenzsystemen für Brummis attraktiver werden. Dieses Ziel verfolgt



Presse-Information

eine gemeinsame Kampagne der Berufsgenossenschaft für Fahrzeughaltungen (BGF), des Bundesverbandes Güterverkehr Logistik und Entsorgung (BGL) und der Kravag-Versicherung unter dem Motto „Sicher. Für Dich. Für Mich“. Bei einer Veranstaltung am vergangenen Freitag in Berlin gab EU-Kommissar Günter Verheugen als Schirmherr der Kampagne den Startschuss für einen dreijährigen Feldversuch, in dem bundesweit 1000 Nutzfahrzeuge mit einem Sicherheitspaket ausgerüstet werden sollen, das aus einem Abstandstempomat, einem Sparrassistent sowie einem elektronischen Stabilitätsprogramm besteht. Die Fahrerergebnisse werden dann im Verlauf der Studie mit einer Kontrollgruppe von Nutzfahrzeugen ohne diese Sicherheitsdetails verglichen. Bisher zählen solche Systeme nicht zur Serienausstattung von Lkw und Reisebussen. Nur etwa fünf Prozent der Kunden ordern sie freiwillig beim Kauf eines Neufahrzeugs. Diese Quote soll durch die Kampagne und finanzielle Zuschüsse deutlich erhöht werden. Die Gesetzgeber verlassen sich aber nicht nur auf freiwillige Schritte. So sollen nach einem Verordnungsvorschlag der EU-Kommission Nutzfahrzeuge ab 2013 mit einem Notbremssystem ausgerüstet sein, das per Abstandsradar vorausfahrende oder stehende Fahrzeuge erkennt. Neue Lkw sollen dann zusätzlich ein Spurhaltesystem, das elektronische Stabilitätsprogramm ESP und ein Überwachungssystem für den Reifendruck an Bord haben. Der Bundesrat beschloss am vergangenen Freitag in Berlin eine Änderung der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO), die Haltern von Lkw mit einem zulässigen Gesamtgewicht über 3,5 t die Nachrüstung von Außenspiegeln vorschreibt, die beim Abbiegen einen besseren Überblick durch einen möglichst kleinen „Toten Winkel“ bieten. Der Beschluss geht auf die EU-Richtlinie 2007/38 zurück, die vorschreibt, dass die entsprechende Aus- oder Nachrüstung in allen Mitgliedsstaaten bis spätestens 31. März 2009 abgeschlossen sein muss.

ARCD

Die EU-Kommission will ab 2012 mit neuen Reifen die CO₂-Emission senken

Bad Windsheim (ARCD) – Ein Verordnungsvorschlag der europäischen Kommission sieht neue Standards für Autoreifen ab 2012 vor. Ziel der von Industriekommissar Günter Verheugen präsentierte Novellierung ist die Senkung des Rollwiderstands und damit des Treibstoffverbrauchs sowie des CO₂-Ausstoßes um fast vier Prozent. Der Einsatz neuer Materialien soll Autoreifen ab diesem Zeitpunkt nicht nur sicherer (etwa bei Nässe) und geräuschärmer, sondern aufgrund geringerer Verformungsarbeit auch sparsamer machen. Zugleich schlägt die EU-Kommission die verpflichtende Ausrüstung aller Neufahrzeuge mit elektronischen Reifendrucküberwachungssystemen vor. Sie warnen den Fahrer, wenn der Reifendruck deutlich unter dem Optimum liegt. Das erhöht nicht nur die Sicherheit (und leider auch den Preis), sondern zudem die Lebensdauer des Reifens und hilft beim Kraftstoffsparen. Für Neuwagen, deren maximalen CO₂-Ausstoß die EU-Kommission ab 2012 bekanntlich auf 130 g/km beschränken will, würde dies eine zusätzliche Senkung um sieben g/km bedeuten.

ARCD

EU-Hotline für Fußballfans auf Reisen zur EM

Bad Windsheim (ARCD) – Ein Massenansturm von rund fünf Millionen Fußballfans aus ganz Europa wird im Juni zur Fußball-EM in Österreich und der Schweiz erwartet. Einige Widrigkeiten werden dabei wohl kaum zu vermeiden sein: neben den üblichen Staus auch überbuchte Hotels, Flugverspätungen oder gefälschte Eintrittskarten. Die EU-Kommissarin für



Presse-Information

Verbraucherschutz, Meglena Kuneva, hat daher gemeinsam mit der UEFA einen Verbraucherschutzdienst eingerichtet, um Reisenden aus der gesamten Union über die Gratis-Hotline 00800 67891011 mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. In allen Sprachen der EU soll Fußballfans geholfen werden, im Fall des Falles ihre Rechte vor Ort geltend machen zu können. „Wir möchten, dass die Fans, die zur EURO 2008 reisen, ihren Aufenthalt genießen können – und wenn sie ihre Rechte als Verbraucher kennen, wird ihnen das dabei helfen“, so Kuneva. In einer neu aufgelegten Broschüre werden überdies zehn Punkte aufgeführt, über die Fans vor Reiseantritt Bescheid wissen sollten. Erfahrungsgemäß betreffen die meisten Klagen Probleme mit Flugtickets und Verspätungen, verlorenem Gepäck oder Leihwagen. Kuneva will diese Gelegenheit aber auch nutzen, um Reisende über ihre Rechte und Pflichten im Hinblick auf Unfall- und gesundheitliche Hilfe im Ausland zu informieren. Die genannte Hotline (9 bis 18.30 Uhr, nur wochentags) ist eine Dauereinrichtung der EU-Kommission für reisende Europäer und gibt direkt Auskunft über Verbraucherrechte in den 23 Sprachen der EU. Die Gemeinschaftsaktion mit der UEFA soll diese Service-Einrichtung besser bekannt machen und Reisende ermutigen, verstärkt Gebrauch davon zu machen. Auskünfte über Spielergebnisse wird es bei der Hotline allerdings keine geben ... **ARCD**

Führerscheinreform in Frankreich: „Nachprüfung“ für Fahranfänger geplant

Bad Windsheim (ARCD) – Französische Behörden und Fahrschulen diskutieren derzeit über eine weitreichende Reform der Fahrausbildung und der Führerscheinprüfung. Anlass sind die gleich bleibend niedrigen Erfolgsraten (nur 50 Prozent bestehen die Prüfung im ersten Anlauf) und damit verbundene Wartezeiten von bis zu sechs Monaten bis zum erneuten Antreten. Aufgrund der hohen Kosten für Training und Prüfung ist die Dunkelziffer führerscheinloser Lenker in Frankreich in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen. Die französische Regierung will daher die Straßenverkehrsordnung als verpflichtende Materie in den allgemeinen Lehrplan der höheren Klassen aufnehmen und die Prüfungsinhalte verbessern oder erleichtern. Um zugleich die Verkehrssicherheit von Fahranfängern zu erhöhen, soll der Zugang zum Führerschein progressiv gestaltet und eine „Nachprüfung“ eingeführt werden. Im ersten Jahr nach Erhalt der begehrten – aber vorläufigen – Fahrerlaubnis sollten die „Jungfahrer“ dann in einer erneuten Praxisprüfung ihre Fahrkünste unter Beweis stellen. Bei erkennbaren Mängeln müsste der Kandidat obligatorisch Nachhilfe-Trainingsstunden belegen, um seine Fahrerlaubnis behalten zu können. **ARCD**

